

Die Studie in Kürze

Nutzung und Finanzierung sozialer Dienstleistungen der Landeskirchen im Kanton Bern

Auftraggeber:

Freidenkende Region Bern FRB
3000 Bern
bern@frei-denken.ch

In Erinnerung an Anne-Marie Rey, die diese Studie angeregt und bis zu ihrem Tod begleitet hat. Uns bleiben die Dankbarkeit und die Erinnerung an diese zarte Kämpferin für die Freiheit. Die Freidenker-Vereinigung verneigt sich vor dem Lebenswerk von Anne-Marie Rey und wird ihre Anliegen weitertragen.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	1
Résumé	2
1 Zentrale Ergebnisse und Grafiken	3
2 Dokumente	8
3 Adressen	8

Zusammenfassung

Die Studie „Nutzung und Finanzierung sozialer Dienstleistungen der Landeskirchen im Kanton Bern“ befragte repräsentativ 1011 Stimmberechtigte des Kantons Bern. Die Daten wurden vom Meinungsforschungsinstitut gfs.bern erhoben.¹ Die Studie fragt danach, wer diese Angebote kennt, nutzt und wie sie von den Nutzerinnen und Nutzern bewertet werden. Ausserdem klärt sie, wer – nach Meinung der Berner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – die sozialen Angebote der Landeskirchen finanzieren sollte. Als wichtigstes Ergebnis der Studie ist zu nennen, dass mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung sind, die sozialen Angebote der Landeskirchen seien ausschliesslich aus Kirchensteuern zu zahlen. Diese Meinung vertreten religiöse wie säkulare Befragte gleichermassen. Zwar wird den Landeskirchen mehrheitlich moralische wie soziale Kompetenz zugeschrieben. Gleichwohl sind die stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass der Staat die sozialen Aufgaben zu übernehmen habe. Eine Mehrheit – besonders unter den Französischsprachigen – spricht sich ausserdem dafür aus, dass Staat und Kirche strikt zu trennen seien. Dabei fällt die Zustimmung unter Religiösen geringer aus als unter Säkularen. Etwa die Hälfte der Befragten kennt die sozialen Angebote der Landeskirchen, doch nur etwa 7% der Befragten nutzen sie. 1/5 aller Nutzerinnen und Nutzer sind nicht Mitglieder der Landeskirchen. Die meisten Nutzerinnen und Nutzer verwenden die Kultur- und Bildungsangebote sowie die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche der Landeskirchen. Die landeskirchlichen Beratungsangebote für sozial Bedürftige werden hingegen selten genutzt.

1. Dem gfs.bern gilt ein herzlicher Dank für die Erhebung der Daten und die Unterstützung bei der Erstellung des Fragebogens. Die Auswertung der Daten lag in der Verantwortung von Carsten Ramsel und Werner Luginbühl. Der gfs.bern nahm darauf keinerlei Einfluss.

Résumé

L'étude « L'Utilisation et la financiarisation des prestations par les Églises nationales du canton de Berne » a été questionnée représentativement 1011 électeur(e)s bernois(es) par l'institut de sondage gfs.bern.² L'étude examine, ou connaît et utilise les prestations et comment les clients apprécient les prestations. En outre, après l'opinion des électeur(e)s bernois(es), elle demande comment les prestations devraient être financées. Le résultat central indique que la plupart d'interviewé(e)s est d'avis que les prestations offertes par les Églises nationales devraient être financées par l'impôt ecclésiastique. Les personnes religieuses et séculaires sont indifféremment de même avis. Majoritairement, les sondé(e)s conviennent que les Églises nationales ont des qualités sociales et éthiques. Mais les électeur(e)s pensent que les devoirs sociaux sont les devoirs publics. Une majorité des électeur(e)s – surtout les électeur(e)s francophones – préfèrent la laïcité. Les personnes séculières sont plus fréquentes et d'accord que les religieuses. La majorité des interviewé(e)s connaît les prestations offertes par les Églises nationales. Mais que 7 % des sondé(e)s les utilisent. 1/5^{ème} des utilisateur(e)s ne sont pas des membres des Églises nationales. Les utilisateurs choisissent surtout les prestations culturelles et éducatives aussi bien que les prestations de loisirs pour les enfants et les adolescents. Les prestations de consultation pour les nécessiteux sont rarement fréquentées.

2. Nous remercions l'institut de sondage gfs.bern de l'enquête des données et de la réalisation de questionnaire. Carsten Ramsel et Werner Luginbühl ne sont que responsables de la mise en valeur des résultats. L'institut de sondage gfs.bern n'y avait aucune influence.

1 Zentrale Ergebnisse und Grafiken

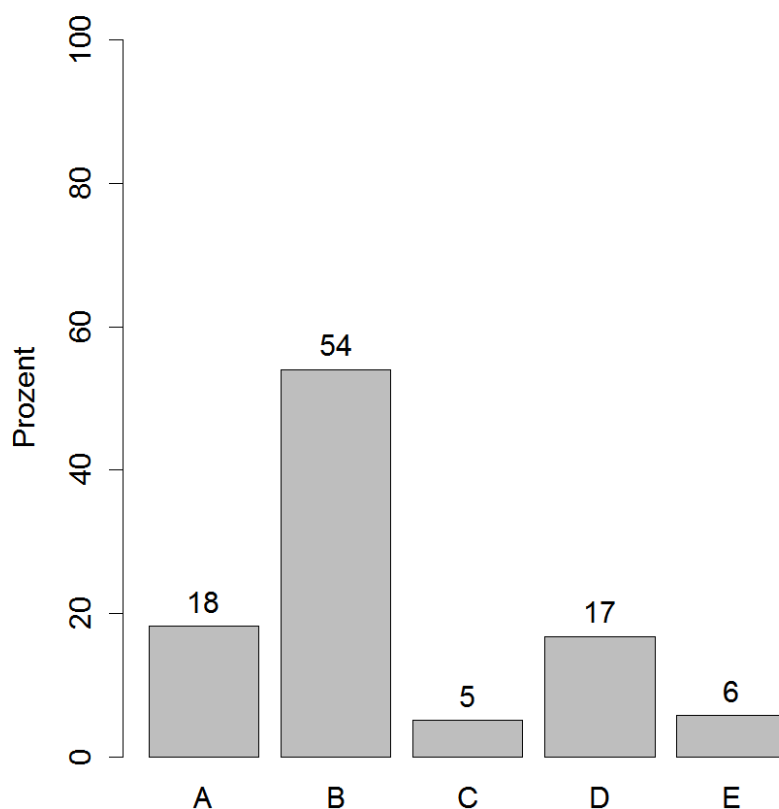


Abb. 1 – „Sollten Ihrer Meinung nach die sozialen Angebote der Landeskirchen aus der Kantonssteuer oder aus der Kirchensteuer finanziert werden?“ A: aus der Kantonssteuer B: aus der Kirchensteuer C: kommt darauf an D: beide gleich E: unentschieden

Eine Mehrheit der Stimmberechtigten im Kanton Bern spricht sich dafür aus, dass die sozialen Angebote der Landeskirchen durch die Kirchensteuer bezahlt werden sollen. Je jünger die Befragten sind, desto höher ist die Zustimmung. Je religiöser eine Person ist, desto geringer ist die Zustimmung. Und selbst Mitglieder der Landeskirchen stimmen diesem Modell der Finanzierung am häufigsten zu. Weniger als 20% der Befragten ist für eine Finanzierung durch die Kantonssteuer.

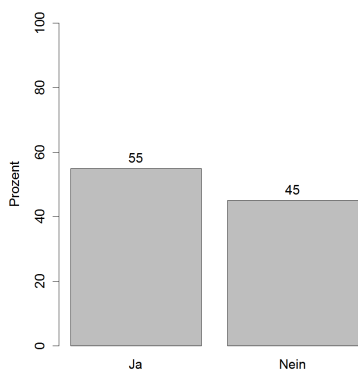


Abb. 2 – „Haben Sie von diesen Angeboten der Landeskirchen gehört oder gelesen?“

Die sozialen Angebote der Landeskirchen wurden in 12 Kategorien eingeteilt: 1. Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, 2. Beratung für Ehe und Familie, 3. Seniorentreffen, 4. Angebote für sozial Schwache und Armutsbetroffene, 5. Angebote für Migrant_innen und Asylsuchende, 6. Kurse und Vorträge, 7. Entwicklungszusammenarbeit, 8. Kulturangebote, Kirchenmusik und Konzerte, 9. Ansprechpartner bei persönlichen Problemen, 10. Angebote für Alleinstehende, 11. Christliche Sexualerziehung an öffentlichen Schulen und 12. Mahlzeitendienst für Betagte. 55% der Berner Stimmberechtigten kennen diese Angebote.

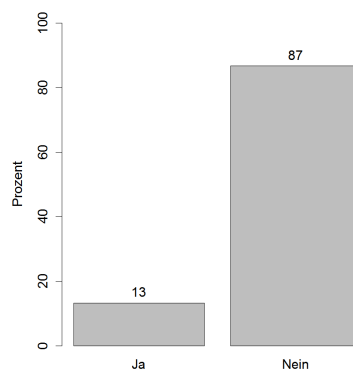


Abb. 3 – „Haben Sie oder jemand in Ihrem Haushalt ... der Landeskirchen in den letzten 12 Monaten genutzt?“

Aber nur 13% der Befragten, welche die Angebote kennen, nutzen sie auch. Das sind 7% der Stimmberechtigten im Kanton Bern. Es ist wichtig zu erwähnen, dass die sozialen Angeboten von Allen aus der Gesellschaft benutzt werden. 20% der Nutzer sind nicht Mitglied einer Landeskirche.

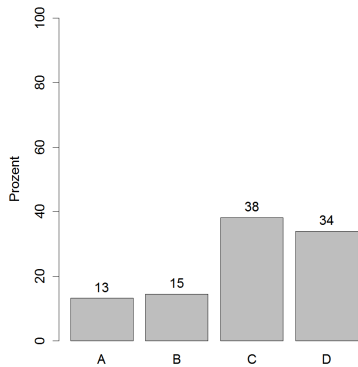


Abb. 4 – „Haben Sie oder jemand in Ihrem Haushalt ... der Landeskirchen in den letzten 12 Monaten genutzt?“ A: Freizeitangebote B: Bildungsangebote C: Kulturangebote D: andere Angebote

Es gibt drei Angebote, die häufig von den Nutzerinnen genutzt werden:

1. Kulturangebote (38%),
2. Bildungsangebote (15%) und
3. Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche (13%).

Sie machen zusammen $\frac{2}{3}$ der gesamten Nutzung aus. Alle 9 anderen sozialen Angebote der Landeskirchen zusammen machen einen Anteil von 34% an der gesamten Nutzung aus. Darunter sind auch die Beratungs- und Hilfsangebote für Bedürftige. Der Anteil jedes einzelnen dieser Angebote ist geringer als der Anteil an der Nutzung der Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Die einzelnen Beratungs- und Hilfsangebote für Bedürftige machen folglich nur einen geringen Anteil an der gesamten Nutzung aus.

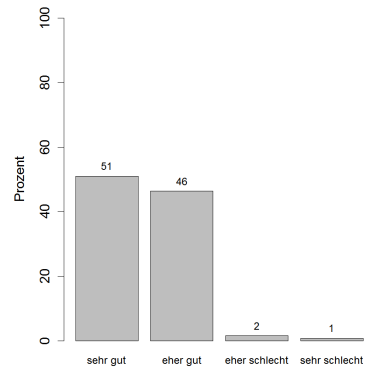


Abb. 5 – „Und wie fanden Sie dieses Angebot?“

Beinahe alle Nutzerinnen und Nutzer bewerten die sozialen Angebote der Landeskirchen als sehr gut oder eher gut.

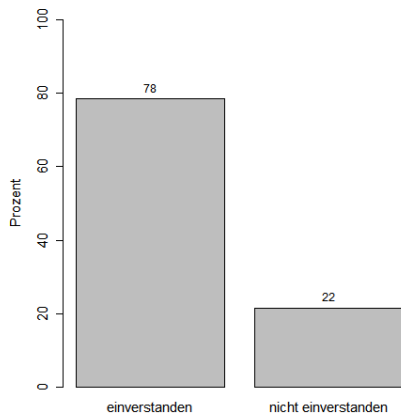


Abb. 6 – Antworten zu „Die Landeskirchen tragen mit ihren sozialen Angeboten zur Stärkung moralischer Werte in der Gesellschaft bei.“

4/5 der Befragten erklären sich damit einverstanden, dass die Landeskirchen mit ihren sozialen Angeboten zur Stärkung moralischer Werte in der Gesellschaft beitragen. Diesem Argument stimmen auch Personen ohne Religionszugehörigkeit und gelegentliche Gottesdienstbesucherinnen mehrheitlich zu.

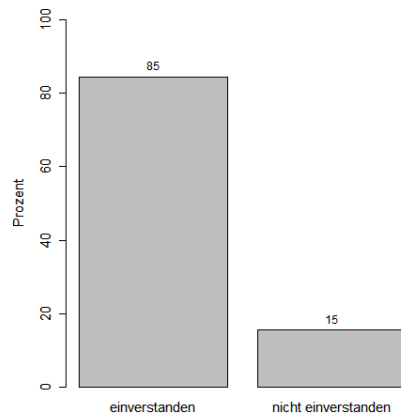


Abb. 7 – Antworten zu „Dank der breiten örtlichen Präsenz der Landeskirchen können sie sich gut um sozial Benachteiligte kümmern.“

85% stimmen dem Argument zu, dass die Landeskirchen sich dank ihrer örtlichen Präsenz gut um sozial Benachteiligte kümmern können. Auch dieses Argument findet über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg mehrheitlich eine Zustimmung.

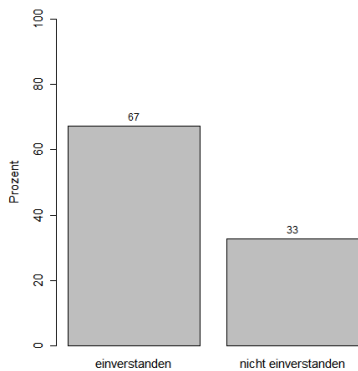


Abb. 8 – Antworten zu „Soziale Aufgaben sollten vom Staat übernommen und nicht an die Landeskirchen delegiert werden.“

Mehrheitlich stimmen die Befragten dem Argument zu, dass es Aufgabe des Staates und nicht der Kirchen sei, sich um sozial Benachteiligte zu kümmern. Dies ist insbesondere bei den französischsprachigen Befragten so. Religiöse Menschen neigen dazu, auch die Landeskirchen in die Pflicht zu nehmen. Es gibt jedoch stets mehr Befürworter als Gegner zu diesem Argument.

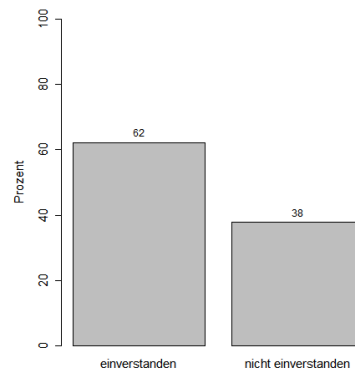


Abb. 9 – Antworten zu „Kirche und Staat sollten im Kanton Bern strikt getrennt werden.“

Eine Mehrheit der Befragten stimmt dem Argument zu, dass Staat und Kirche im Kanton Bern strikt getrennt sein sollten. Selbst Angehörige der Landeskirchen sind dieser Meinung. Religiösere Personen (gemessen an der Kirchgangshäufigkeit) tendieren jedoch eher dazu, das Argument abzulehnen.

2 Dokumente

Ramsel, C.: *Bericht: Nutzung und Finanzierung landeskirchlicher Dienstleistungen im Kanton Bern*, carsten.ramsel@bluewin.ch

Luginbühl, W. und Ramsel, C.: *Technischer Bericht: Nutzung und Finanzierung landeskirchlicher Dienstleistungen im Kanton Bern*, info@chemstat.ch

3 Adressen

Verantwortlicher der Studie:

Dr. Carsten Ramsel | Rosenweg 10 | CH-3007 Bern
T. 076 275 18 73 | carsten.ramsel@bluewin.ch

Datenerhebung:

Lukas Golder und Cloé Jans
gfs.bern ag | Hirschengraben 5 | 3011 Bern
T. 031 311 08 06 | info@gfsbern.ch | www.gfsbern.ch

Statistische Auswertung:

Dr. Werner Luginbühl
ChemStat | Chemometrik und Statistik | Aarstrasse 98 | CH-3005 Bern
T. 031 311 92 00 | info@chemstat.ch | www.chemstat.ch

Dr. Carsten Ramsel | Rosenweg 10 | CH-3007 Bern
T. 076 275 18 73 | carsten.ramsel@bluewin.ch

Auftraggeber:

Freidenkende Region Bern FRB
3000 Bern
bern@frei-denken.ch